

den Besitz als etwas Verbotenes betrachten und gemeint sind, über den Besitz anderer zu verfügen. Es ist nicht, daß man an den fundamentalen Grundgesetzen, auf denen das Reich aufgebaut ist, festhält. Weiter wendet sich der Redner zu dem

Erbrecht des Staates.
Zunächst wird auch die sozialdemokratische Anschauung anerkannt, daß der Besitz ein Verbrechen ist. Man hat sich dem Sozialdemokraten: der Besitz ist ein Verbrechen; die Sozialdemokratie bekämpft bekanntlich den Besitz als Verbrechen und Ausbeutung von Arbeitern. Wenn man bedenkt, daß das Reich nach dem Voranschlag ganze 25 Millionen Menschen benutzten Kapitalbesitz. Die Reduktion. Wenn man bedenkt, daß das Reich nach dem Voranschlag ganze 25 Millionen Menschen benutzten Kapitalbesitz. Die Reduktion. Wenn man bedenkt, daß das Reich nach dem Voranschlag ganze 25 Millionen Menschen benutzten Kapitalbesitz. Die Reduktion.

Die sozialdemokratische Anschauung anerkannt, daß der Besitz ein Verbrechen ist. Man hat sich dem Sozialdemokraten: der Besitz ist ein Verbrechen; die Sozialdemokratie bekämpft bekanntlich den Besitz als Verbrechen und Ausbeutung von Arbeitern. Wenn man bedenkt, daß das Reich nach dem Voranschlag ganze 25 Millionen Menschen benutzten Kapitalbesitz. Die Reduktion.

Die sozialdemokratische Anschauung anerkannt, daß der Besitz ein Verbrechen ist. Man hat sich dem Sozialdemokraten: der Besitz ist ein Verbrechen; die Sozialdemokratie bekämpft bekanntlich den Besitz als Verbrechen und Ausbeutung von Arbeitern. Wenn man bedenkt, daß das Reich nach dem Voranschlag ganze 25 Millionen Menschen benutzten Kapitalbesitz. Die Reduktion.

Die sozialdemokratische Anschauung anerkannt, daß der Besitz ein Verbrechen ist. Man hat sich dem Sozialdemokraten: der Besitz ist ein Verbrechen; die Sozialdemokratie bekämpft bekanntlich den Besitz als Verbrechen und Ausbeutung von Arbeitern. Wenn man bedenkt, daß das Reich nach dem Voranschlag ganze 25 Millionen Menschen benutzten Kapitalbesitz. Die Reduktion.

Die sozialdemokratische Anschauung anerkannt, daß der Besitz ein Verbrechen ist. Man hat sich dem Sozialdemokraten: der Besitz ist ein Verbrechen; die Sozialdemokratie bekämpft bekanntlich den Besitz als Verbrechen und Ausbeutung von Arbeitern. Wenn man bedenkt, daß das Reich nach dem Voranschlag ganze 25 Millionen Menschen benutzten Kapitalbesitz. Die Reduktion.

Die sozialdemokratische Anschauung anerkannt, daß der Besitz ein Verbrechen ist. Man hat sich dem Sozialdemokraten: der Besitz ist ein Verbrechen; die Sozialdemokratie bekämpft bekanntlich den Besitz als Verbrechen und Ausbeutung von Arbeitern. Wenn man bedenkt, daß das Reich nach dem Voranschlag ganze 25 Millionen Menschen benutzten Kapitalbesitz. Die Reduktion.

Die sozialdemokratische Anschauung anerkannt, daß der Besitz ein Verbrechen ist. Man hat sich dem Sozialdemokraten: der Besitz ist ein Verbrechen; die Sozialdemokratie bekämpft bekanntlich den Besitz als Verbrechen und Ausbeutung von Arbeitern. Wenn man bedenkt, daß das Reich nach dem Voranschlag ganze 25 Millionen Menschen benutzten Kapitalbesitz. Die Reduktion.

Die sozialdemokratische Anschauung anerkannt, daß der Besitz ein Verbrechen ist. Man hat sich dem Sozialdemokraten: der Besitz ist ein Verbrechen; die Sozialdemokratie bekämpft bekanntlich den Besitz als Verbrechen und Ausbeutung von Arbeitern. Wenn man bedenkt, daß das Reich nach dem Voranschlag ganze 25 Millionen Menschen benutzten Kapitalbesitz. Die Reduktion.

Gründen kann man doch nicht die Hand dazu bieten, etwas zu schaffen, was dauernd dem Staate und der Landwirtschaft Nachteile bringt.

Es nahm dann das Wort als Vertreter der Reichsregierung Direktor im Reichsamt, Kühn: Eine Kritik sei den Behörden zu empfehlen, und sie werden erwägen, ob die vorgebrachten Bedenken berücksichtigt werden könnten. Es sei aber doch hier eine recht harte Kritik gegenüber dem Staate geäußert worden. Man habe von sozialistischen Ideen, von Verbrechen usw. gesprochen. Die verhandelten Regierungsvorhaben seien davon ausgegangen, daß zum großen Teile der Reichsbedarf des Reiches durch den Konsum aufgebracht werden müsse, aber es sei auch nicht unbillig gewesen, daß zu einem Teil der Bedarf herangezogen werden müsse. Sollte man den Besitz im allgemeinen heranziehen, so konnte man nur an Einkommen, Vermögen oder Erbschaft denken. Das Einkommen sei bereits die Steuerquelle für die Einzelstaaten. Gegen die Vermögenssteuer seien sehr erhebliche Bedenken erhoben. Wenn man nun erwägt, daß schon die Erbschaftsteuer von der Mehrheit des Reichsbedarfes, auch von den landwirtschaftlichen Parteien (Kaiser, Reich!) bewilligt worden sei, so war doch der Ausbau der Erbschaftsteuer nachteilig. Dieser Weg, der das Deutsche Reich aus der Finanznot herauszuführen soll, muß doch bei der deutschen Landwirtschaft, die auf Gedeih und Verderb mit dem Reich verbunden ist, ein wohlwollendes Verständnis finden.

Er nahm dann das Wort als Vertreter der Reichsregierung Direktor im Reichsamt, Kühn: Eine Kritik sei den Behörden zu empfehlen, und sie werden erwägen, ob die vorgebrachten Bedenken berücksichtigt werden könnten. Es sei aber doch hier eine recht harte Kritik gegenüber dem Staate geäußert worden. Man habe von sozialistischen Ideen, von Verbrechen usw. gesprochen. Die verhandelten Regierungsvorhaben seien davon ausgegangen, daß zum großen Teile der Reichsbedarf des Reiches durch den Konsum aufgebracht werden müsse, aber es sei auch nicht unbillig gewesen, daß zu einem Teil der Bedarf herangezogen werden müsse. Sollte man den Besitz im allgemeinen heranziehen, so konnte man nur an Einkommen, Vermögen oder Erbschaft denken. Das Einkommen sei bereits die Steuerquelle für die Einzelstaaten. Gegen die Vermögenssteuer seien sehr erhebliche Bedenken erhoben. Wenn man nun erwägt, daß schon die Erbschaftsteuer von der Mehrheit des Reichsbedarfes, auch von den landwirtschaftlichen Parteien (Kaiser, Reich!) bewilligt worden sei, so war doch der Ausbau der Erbschaftsteuer nachteilig. Dieser Weg, der das Deutsche Reich aus der Finanznot herauszuführen soll, muß doch bei der deutschen Landwirtschaft, die auf Gedeih und Verderb mit dem Reich verbunden ist, ein wohlwollendes Verständnis finden.

Er nahm dann das Wort als Vertreter der Reichsregierung Direktor im Reichsamt, Kühn: Eine Kritik sei den Behörden zu empfehlen, und sie werden erwägen, ob die vorgebrachten Bedenken berücksichtigt werden könnten. Es sei aber doch hier eine recht harte Kritik gegenüber dem Staate geäußert worden. Man habe von sozialistischen Ideen, von Verbrechen usw. gesprochen. Die verhandelten Regierungsvorhaben seien davon ausgegangen, daß zum großen Teile der Reichsbedarf des Reiches durch den Konsum aufgebracht werden müsse, aber es sei auch nicht unbillig gewesen, daß zu einem Teil der Bedarf herangezogen werden müsse. Sollte man den Besitz im allgemeinen heranziehen, so konnte man nur an Einkommen, Vermögen oder Erbschaft denken. Das Einkommen sei bereits die Steuerquelle für die Einzelstaaten. Gegen die Vermögenssteuer seien sehr erhebliche Bedenken erhoben. Wenn man nun erwägt, daß schon die Erbschaftsteuer von der Mehrheit des Reichsbedarfes, auch von den landwirtschaftlichen Parteien (Kaiser, Reich!) bewilligt worden sei, so war doch der Ausbau der Erbschaftsteuer nachteilig. Dieser Weg, der das Deutsche Reich aus der Finanznot herauszuführen soll, muß doch bei der deutschen Landwirtschaft, die auf Gedeih und Verderb mit dem Reich verbunden ist, ein wohlwollendes Verständnis finden.

Er nahm dann das Wort als Vertreter der Reichsregierung Direktor im Reichsamt, Kühn: Eine Kritik sei den Behörden zu empfehlen, und sie werden erwägen, ob die vorgebrachten Bedenken berücksichtigt werden könnten. Es sei aber doch hier eine recht harte Kritik gegenüber dem Staate geäußert worden. Man habe von sozialistischen Ideen, von Verbrechen usw. gesprochen. Die verhandelten Regierungsvorhaben seien davon ausgegangen, daß zum großen Teile der Reichsbedarf des Reiches durch den Konsum aufgebracht werden müsse, aber es sei auch nicht unbillig gewesen, daß zu einem Teil der Bedarf herangezogen werden müsse. Sollte man den Besitz im allgemeinen heranziehen, so konnte man nur an Einkommen, Vermögen oder Erbschaft denken. Das Einkommen sei bereits die Steuerquelle für die Einzelstaaten. Gegen die Vermögenssteuer seien sehr erhebliche Bedenken erhoben. Wenn man nun erwägt, daß schon die Erbschaftsteuer von der Mehrheit des Reichsbedarfes, auch von den landwirtschaftlichen Parteien (Kaiser, Reich!) bewilligt worden sei, so war doch der Ausbau der Erbschaftsteuer nachteilig. Dieser Weg, der das Deutsche Reich aus der Finanznot herauszuführen soll, muß doch bei der deutschen Landwirtschaft, die auf Gedeih und Verderb mit dem Reich verbunden ist, ein wohlwollendes Verständnis finden.

Er nahm dann das Wort als Vertreter der Reichsregierung Direktor im Reichsamt, Kühn: Eine Kritik sei den Behörden zu empfehlen, und sie werden erwägen, ob die vorgebrachten Bedenken berücksichtigt werden könnten. Es sei aber doch hier eine recht harte Kritik gegenüber dem Staate geäußert worden. Man habe von sozialistischen Ideen, von Verbrechen usw. gesprochen. Die verhandelten Regierungsvorhaben seien davon ausgegangen, daß zum großen Teile der Reichsbedarf des Reiches durch den Konsum aufgebracht werden müsse, aber es sei auch nicht unbillig gewesen, daß zu einem Teil der Bedarf herangezogen werden müsse. Sollte man den Besitz im allgemeinen heranziehen, so konnte man nur an Einkommen, Vermögen oder Erbschaft denken. Das Einkommen sei bereits die Steuerquelle für die Einzelstaaten. Gegen die Vermögenssteuer seien sehr erhebliche Bedenken erhoben. Wenn man nun erwägt, daß schon die Erbschaftsteuer von der Mehrheit des Reichsbedarfes, auch von den landwirtschaftlichen Parteien (Kaiser, Reich!) bewilligt worden sei, so war doch der Ausbau der Erbschaftsteuer nachteilig. Dieser Weg, der das Deutsche Reich aus der Finanznot herauszuführen soll, muß doch bei der deutschen Landwirtschaft, die auf Gedeih und Verderb mit dem Reich verbunden ist, ein wohlwollendes Verständnis finden.

Er nahm dann das Wort als Vertreter der Reichsregierung Direktor im Reichsamt, Kühn: Eine Kritik sei den Behörden zu empfehlen, und sie werden erwägen, ob die vorgebrachten Bedenken berücksichtigt werden könnten. Es sei aber doch hier eine recht harte Kritik gegenüber dem Staate geäußert worden. Man habe von sozialistischen Ideen, von Verbrechen usw. gesprochen. Die verhandelten Regierungsvorhaben seien davon ausgegangen, daß zum großen Teile der Reichsbedarf des Reiches durch den Konsum aufgebracht werden müsse, aber es sei auch nicht unbillig gewesen, daß zu einem Teil der Bedarf herangezogen werden müsse. Sollte man den Besitz im allgemeinen heranziehen, so konnte man nur an Einkommen, Vermögen oder Erbschaft denken. Das Einkommen sei bereits die Steuerquelle für die Einzelstaaten. Gegen die Vermögenssteuer seien sehr erhebliche Bedenken erhoben. Wenn man nun erwägt, daß schon die Erbschaftsteuer von der Mehrheit des Reichsbedarfes, auch von den landwirtschaftlichen Parteien (Kaiser, Reich!) bewilligt worden sei, so war doch der Ausbau der Erbschaftsteuer nachteilig. Dieser Weg, der das Deutsche Reich aus der Finanznot herauszuführen soll, muß doch bei der deutschen Landwirtschaft, die auf Gedeih und Verderb mit dem Reich verbunden ist, ein wohlwollendes Verständnis finden.

Er nahm dann das Wort als Vertreter der Reichsregierung Direktor im Reichsamt, Kühn: Eine Kritik sei den Behörden zu empfehlen, und sie werden erwägen, ob die vorgebrachten Bedenken berücksichtigt werden könnten. Es sei aber doch hier eine recht harte Kritik gegenüber dem Staate geäußert worden. Man habe von sozialistischen Ideen, von Verbrechen usw. gesprochen. Die verhandelten Regierungsvorhaben seien davon ausgegangen, daß zum großen Teile der Reichsbedarf des Reiches durch den Konsum aufgebracht werden müsse, aber es sei auch nicht unbillig gewesen, daß zu einem Teil der Bedarf herangezogen werden müsse. Sollte man den Besitz im allgemeinen heranziehen, so konnte man nur an Einkommen, Vermögen oder Erbschaft denken. Das Einkommen sei bereits die Steuerquelle für die Einzelstaaten. Gegen die Vermögenssteuer seien sehr erhebliche Bedenken erhoben. Wenn man nun erwägt, daß schon die Erbschaftsteuer von der Mehrheit des Reichsbedarfes, auch von den landwirtschaftlichen Parteien (Kaiser, Reich!) bewilligt worden sei, so war doch der Ausbau der Erbschaftsteuer nachteilig. Dieser Weg, der das Deutsche Reich aus der Finanznot herauszuführen soll, muß doch bei der deutschen Landwirtschaft, die auf Gedeih und Verderb mit dem Reich verbunden ist, ein wohlwollendes Verständnis finden.

Schluß der Debatte — die Vorlage wandert an eine Kommission — iten noch ein Kartellfeuer persönlicher Bemerkungen auf. Die Kommission, die gerade wegen ihrer Ratlosigkeit als Karikatur wirkte. Am Freitag ist Schlußtag. Die Fortsetzung der Beratung über unseren Antrag zugunsten der Landarbeiter steht als erster Punkt auf der Tagesordnung.

Lohnzahlungen.
Die Kommission zur Beratung der Gewerbeordnungsnovelle verhandelte in ihrer Sitzung am Donnerstag nochmals über das Lohnzahlungsgesetz für Minderjährige. Die Regierungsvorlage will das Lohnzahlungsgesetz aufheben, da der erwartete Zweck, den Eltern eine Kontrolle über den Lohn der Minderjährigen zu gewähren, doch nicht erreicht würde.

Ein Antrag (Hr. v. B.) will nun für alle Arbeiter in Betrieben mit 20 und mehr Arbeitern eine schriftliche Abrechnung (Lohnzettel) bei der Lohnzahlung einführen. Eine ähnliche Abrechnung zu § 134b stellt Abg. Göttsch (Dresd.) für den Antrag erklären sich auch unsere Parteigenossen. Der Antrag hat folgende Fassung: „Den Arbeitern ist bei der regelmäßigen Lohnzahlung schriftliche Abrechnung (Lohnzettel, Lohnliste) über den verdienten Lohn auszubringen.“ (Genosse Wolfenb.) weist darauf hin, daß der Lohnzettel für die Arbeiter einen großen Nutzen haben kann. Ein Aufbewahren der Zettel kann dem Arbeiter Gelegenheiten geben, bei der Steuereinschätzung den verdienten Lohn nachzuweisen und auch bei der Festsetzung der Unfallrente nach dem Arbeiter leicht. Der Nachweis des wirklich verdienten Lohnes zu bringen. — Bei der Abstimmung wird der Antrag Göttsch mit großer Majorität angenommen.

Ueber die Arbeitsordnung enthält der § 134b Vorschriften, die durch mehrere Anträge geändert werden sollen. Das Zentrum beantragt, daß die regelmäßige Lohnzahlung mindestens aller 14 Tage geschehen muß, jedoch nicht am Sonnabend oder Sonntag. Ein Antrag (Hr. v. B.) will die Lohnzahlung wöchentlich und den Sonnabend als Lohnstag ausgeschlossen. Unsere Parteigenossen wollen Ausnahmen, die heute die Verwaltungsbehörde geschaffen hat, beibehalten. Genosse Stabitz hat darauf hin, daß ein Zentrumsantrag zu § 115b bereits angenommen ist, der die wöchentliche Lohnzahlung festlegt. Der neue Antrag würde dem ersten Antrag des Zentrums entgegenstehen. Wenn man aber den kleinen Betrieben die wöchentliche Lohnzahlung vorschreibt, so liegt kein Grund vor, den größeren Betrieben diese Verpflichtung nicht aufzuerlegen. Desgleichen wendet sich gegen den Antrag des Zentrums nur für Betriebe für 20 und mehr Arbeiter die Lohnzahlung am Sonnabend nicht erfolgen darf; eventuell könnte nur der Freitag allgemein als Lohnstag festgesetzt werden. Ein Antrag (Hr. v. B.) will, daß die Lohnzahlung innerhalb der Arbeitszeit erfolgen muß. Abg. Göttsch (Dresd.) wendet sich gegen ein Verbot, am Sonnabend den Lohn zu zahlen, den gleichen Standpunkt nehmen die Vertreter der Konfessionen und Nationalverbände ein.

Bei der Abstimmung wird der Antrag, daß die regelmäßige Lohnzahlung innerhalb der Arbeitszeit stattfinden muß, und der Antrag innerer Genossen, daß Ausnahmen von der unteren Verwaltungsbehörde nicht gestattet werden dürfen, angenommen. — Die übrigen Anträge werden abgelehnt.

Aus der Budgetkommission des Reichstags.
Der Etat des Rechnungshofes wurde am Donnerstag in bloc angenommen. Die Kommission legte dann die Beratung des Etats für Südsüdwestafrika fort. Die Beratung geht ein mit dem Titel: Justizverwaltung. Es werden über die Rechtspflege in Südwestafrika lebhaft Klagen geführt. Staatssekretär Dernburg erkannte die Berechtigung dieser Klagen an und will bemüht sein, nach Möglichkeit die Abhilfe zu sorgen.

Abg. Kasse brachte den Fall Diehagen zur Sprache. Diehagen hat drei Menschenleben an dem Genoffen, er wurde schließlich zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, aber dann in so schonender Weise behandelt, daß das alles meines Auffehens erregte. Noch heute ist Diehagen ein offizier. Ein Regierungsvorhaben gab das zu. Es ist aber ein Ehrengerichtverfahren gegen Diehagen. Abg. Berger erinnerte an die harte Verurteilung einer Anzahl von Kolonialsoldaten und legte dem Kolonialamt nahe, für die Beurlaubung dieser Leute zu verwenden. Dernburg wies darauf hin, daß die Militärgerichtsverwaltung die Beurlaubung nach Verbüßung der Hälfte der Strafen bewilligt, wenn gute Führung festgesetzt worden sei. Die Militärverwaltung werde auch in diesem Falle so verfahren.

Im preussischen Abgeordnetenhause
Sprach am Donnerstag in der dritten Lesung der Pfortenbesoldungsvorlage als einziger Diskussionsredner Genosse Hoffmann. Das Dreiklassenhaus scheint schließlich doch eine Empfindung gehabt zu haben, die ganz von reinem Egoismus und Eitelkeit durchdrungen war. Auf janschiowerische oder sonstige in der bekannten Stillschweife erfolgenden Jurale mit der prompten Weisheitsgegartheit, die ihm eben in schillerter Adolf Hoffmann die Entartung, die aus der Kirche des Regierens ein hässliches preussisches Volksthumus gemacht hat. Herr Frödecker spielte sich dabei ebenso grandios wie unberufen als Hüter Christi an. Nichts ist komischer, als wenn die Rechts- und Gerechtigkeit der Politik und Gerechtigkeit sich als Verehrer des Mannes ausgeben, der nicht hat, wenn er kein Haupt legte. — Am Freitag soll den Bescheidener gegeben werden, was eben die Gerechtigkeit erhalten haben, was man aber den jüdischen Geistlichen vorenthält.

Die neue Form der Fahrkartensteuer.
Der Entwurf einer Abänderung der Fahrkartensteuer soll dem Reichstage bereits in der nächsten Zeit ausgehen. Man hat daran festgehalten, daß die Fahrkartensteuer mindestens 20 Millionen Mark Ertrag bringen soll und will das Reich durch Erhöhung der Fahrkartensteuer in der 3. und 4. Wagenklasse erzielen. Gleichzeitig erfährt diese Steuer für die beiden oberen Klassen eine Ermäßigung.

Wenn die Mitteilung auf Tatsachen beruht, wird das Unangenehme Ereignis: Eine neue maßlose Erhöhung der Steuern für die weniger bemittelten Klassen der Bevölkerung.

Die Reichstags-Statistik in Bingen-Alger ist auf Freitag den 26. Februar anberaumt.

Schiffahrtsgesetz. Dem Bundesrat ist die Vorlage über die Einführung von Schiffahrtsgesetzen zugegangen. Es soll beschließen sein, Fahrwege bis zu 300 Tonnen Gehalt nicht mit Abgaben zu belasten.

Deutsches Reich.

Aus dem Reichstage.

Zu dem kroatischen Enerlei der fortgesetzten Debatte, die die Demersation des Reichstages völlig ausfüllte, brachten nur zwei eine ernstliche Abwechslung, Genosse Frank und der freisinnige Monniken. Unser Fraktionsredner verlor es, dem spröden Stoffe bedeutungsvolle Seiten abzugewinnen. Er legte dar, wie die Junfer der Redten die Reichsbank aus einem Regulator des Geldmarktes zu einem Kumpfsinstitut für gebedürftige Notleidende zu machen beabsichtigen. Recht gut und launig — sehr im Gegensatz zu den nicht inhaltlichen, aber außerordentlich schwerfälligen Ausführungen Kamps — sprach Monniken junior, der in seiner Rede Arents verunglückten Taus um das liberale Kalb der verdienten Lächerlichkeit preisgab.

Ueber die sonstigen Reden aus dem Hause läßt sich nichts von Belang sagen. Am dem Freitag, das der Aufsicht Raab den Hause vorlesete, mag sich der Leser beim Lesen des Berichts orientieren. In der Debatte ergriff auch der von Arent über den grünen Meer gelobte neue Bankpräsident Gadenstein das Wort. Er sprach so leise, daß er sich sofort den parlamentarischen Signaturen des Reichsmurmeltiers erwarb. Aus den nachfolgenden Reden ergab sich jedoch, daß der Inhalt seiner nehmlichsten Ausführungen recht verständlich war und demgemäß Arent eine große Enttäuschung bereitet hat. Nach